



An die
Presse im Lande Bremen

Pressemitteilung

12. Januar 2012

Lärmschutz ist Menschenschutz – Bausenator soll notfalls klagen SPD fordert gerichtliche Schritte gegen Planfeststellungsbeschluss zum Gleis 1

„Der Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes zum Ausbau des Gleis 1 ist so nicht hinnehmbar. Wir erwarten von Senator Lohse, dass er gegen diesen Beschluss entschieden vorgeht und notfalls Klage einreicht“, fordert Frank Schmitz, stellvertretender Vorsitzender der SPD Bremen-Stadt.

„Wenn der Ausbau wie geplant erfolgt rasen bis zu 280 Züge pro Tag hinter den Wohnungen der Bahnanlieger entlang der Oldenburger Strecke vorbei. Die Deutsche Bahn AG will aber nur für einen kleinen Abschnitt im unmittelbaren Neubaubereich Lärmschutz gewährleisten. Das geht so nicht und ist mit der SPD nicht zu machen“, so Schmitz weiter.

„Schon 60 DbA tagsüber und 50 DbA in der Nacht sind nach gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen krankheitsfördernd. Darum ist Lärmschutz vor allem Menschenschutz“, so Schmitz weiter.

„Wir fordern den Senator auf, sich für Bremen mit allen politischen und notfalls rechtlichen Mitteln für eine Änderung des Beschlusses einzusetzen“, so Schmitz. Vor allem müsse auch Lärmschutz im Bestandsbereich im gleichen Maße wie für die Neubaustrecke gewährleistet werden. „Wenn politische Mittel nicht ausreichen, erwarten wir vom Bausenator, dass er gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage einreicht“, so der SPD-Politiker.

Frank Schmitz
Stellv. UB-Vorsitzender

PRESEMITTEILUNG